

Kinder und High-Tech

Bericht über die 8. Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen – Zentrum für Telekommunikation und Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen kurz vor der Gründung

von Jürgen Brenn

Neben der Gesundheitsreform 2000 standen die Themen „Gesundheit für Kinder und Jugendliche“ sowie die „Weiterentwicklung von Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen“ im Mittelpunkt der 8. Landesgesundheitskonferenz NRW (LGK). Diese verabschiedete in ihrer Sitzung Mitte Juni zu beiden Themen Entschlüsse (siehe Kästen). Darin sind unter anderem konkrete Empfehlungen an die Adressen der Mitglieder der LGK –

darunter die Heilberufskammern sowie die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen – enthalten, die sich zur Umsetzung selbst verpflichtet haben.

Zunehmende Gesundheitsprobleme

Die Kindersterblichkeit sei in NRW stark zurückgegangen, sagte Birgit Fischer, Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, anlässlich der LGK. Auch die Infektionskrankheiten seien durch ver-

besserte Hygiene und verstärkte Impfungen zurückgedrängt worden.

Jedoch nehmen nach Angaben der Ministerin chronische Erkrankungen, Krebs sowie psychische Störungen bei den rund 3,5 Millionen unter 18jährigen, die in NRW leben, zu. Auch der Anteil der rauchenden Jugendlichen sei hoch.

Die Entschlüsselung der LGK betont, daß „Kinder häufig unter sozialer Benachteiligung leiden. Sozioökonomisch bzw. -kulturell benachteiligte Schichten zeigen nachweisbar ein geringer ausgeprägtes positives Gesundheitsverhalten.“ Kinder aus sozial benachteiligten Schichten hätten geringere Chancen, gesund zu bleiben.

Die Ministerin zitierte Untersuchungen, die belegen, daß das Suchtverhalten stark mit dem Bildungsstand unter Jugendlichen im Zusammenhang steht. So rauchten an Hauptschulen 44 Prozent der Schülerinnen und Schüler der 8. bis 10. Klasse und 15,3 Prozent in den unteren Jahrgangsstufen. Die entsprechenden Zahlen für Gymnasialisten liegen bei 10 und 0,5 Prozent.

Als erwiesen sehen die Mitglieder der LGK an, daß Kinder aus sozial schwächeren Schichten auch in frühester Kindheit gesundheitliche Schäden davontragen können. Sie kommen häufiger als ihre Altersgenossen aus bessergestellten Familien mit einem Geburtsgewicht von unter 2.500 Gramm auf die Welt, und die postnatale Säuglingssterblichkeit ist höher.

Auch die Früherkennungs- und Präventionsangebote nehmen Kinder aus dieser Gruppe seltener in Anspruch. Sie kommen außerdem vergleichsweise häufiger bei Unfällen ums Leben.

Entschlüsselung der 8. Landesgesundheitskonferenz NRW: „Gesundheit für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen“ (Auszug)

Die Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen sind für die Zukunft jeder Gesellschaft von erheblicher Bedeutung. Die Grundlagen für die Gesundheit jedes Einzelnen werden in erheblichem Maße mitbedingt durch Einflüsse, die in der frühen Kindheit liegen. Unstreitig stehen unter den Grundbedürfnissen von Kindern Liebe und Zuwendung im Vordergrund. Vielfach stehen Probleme der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auch im Zusammenhang mit übergreifenden zivilisatorischen Entwicklungen, die teilweise unmittelbar als Quelle von Beeinträchtigungen ausgemacht werden können. Gestörte familiäre Beziehungen sowie schädigende Einflüsse des sozialen Umfeldes der Kinder müssen daher ebenso wie konkrete Gesundheitsrisiken, z.B. ein zu geringes Geburtsgewicht oder chronische Krankheiten während der Kindheit, als wesentliches Risiko für die Entwicklungschancen der Kinder gesehen werden. Ergebnisse von Untersuchungen interdisziplinär orientierter Forschungsteams weisen auf eine starke Veränderung der Lebensphasen Kindheit und Jugend in westlichen Gesellschaften hin. Die zunehmenden Individualisierungstendenzen in der Gesellschaft beinhalten sowohl Chancen für Kinder und Jugendliche als auch Risiken der Überforderung. Es ist Aufgabe einer verantwortlichen Sozial- und Gesundheitspolitik, Erkenntnisse über defizitäre Lebensbedingungen junger Menschen in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Für das Gesundheitswesen unmittelbar im Vordergrund stehen aber gesundheitsbezogene Interventionsmöglichkeiten im engeren Sinne, die die Chancen für eine gesunde Geburt und ein gesundes Aufwachsen erhöhen.

Angesichts der Bedeutung der Kindergesundheit für die Gesellschaft streben alle Partner im Gesundheitswesen an, das bisher bereits erreichte Niveau zu stabilisieren, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln und darauf hinzuwirken, noch vorhandene Defizite in der Gesundheitsförderung, Prävention und Kuration auszugleichen.

Dies trägt dazu bei, das den Kindern nach der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen vom 20.11.1989 gewährleistete Recht auf Leben und Entwicklung sowie 'auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit' (Art. 6 und 24) zu verwirklichen.

Empfehlungen und notwendige Schritte

Angesichts gesicherter Zusammenhänge zwischen der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind grundsätzliche Anstrengungen aller Politikbereiche erforderlich, die zu einer Stärkung und Entlastung der Familien mit Kindern führen. Zugleich sind aber auch gesundheitspolitische Initiativen in konkreten Handlungsfeldern erforderlich, die zur Stärkung der Kindergesundheit beitragen. Die LGK spricht sich ausdrücklich für eine familienfreundliche Gesamtpolitik aus, konzentriert ihre Empfehlungen aber im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten auf konkrete gesundheitspolitische Handlungsfelder.

Entschließung der 8. Landesgesundheitskonferenz NRW: „Weiterentwicklung von Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen“ (Auszug)

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen zunehmend Alltag, Arbeitswelt und Kommunikationsbeziehungen in der Informationsgesellschaft an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. Unsere Gesellschaft – und damit auch das Gesundheitswesen – steht dabei vor großen Herausforderungen, die Chancen aber auch Risiken bergen.

Um die hohe Qualität in unserem Gesundheitswesen zu sichern und den gleichen Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, gilt es, alle Potentiale auszuschöpfen, die einen effizienteren Ressourceneinsatz ermöglichen. Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen sind dafür eines der Instrumente, diese Aufgabe zu erfüllen.

Verkannt werden dürfen aber auch nicht die Risiken, die mit der Einführung von Telekommunikations- und Informationstechnologien verbunden sind. Dies gilt zuvorderst für den Schutz der äußerst sensiblen patientenbezogenen Daten.

Auch wenn die Weiterentwicklung von Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen auf regionaler Ebene nur im Kontext von bundesweiten Prozessen zu sehen sind, müssen entscheidende Impulse von den Regionen ausgehen.

Die Landesgesundheitskonferenz NRW stellt sich diesen Herausforderungen, um die mit Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen verbundenen Potentiale für die Bürgerinnen und Bürger des Landes zu erschließen.

Weiteres Verfahren

Die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz werden ihren Beitrag zur Weiterentwicklung und zum verantwortlichen Umgang mit den neuen Technologien leisten. Nur durch Kooperation aller Akteure im Gesundheitswesen kann das Ziel einer Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger optimaler Ressourcennutzung erreicht werden.

Die LGK beabsichtigt, dieser Entschließung zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung u.a. der Gesundheitsreform auf Bundesebene und der in den Musterregionen gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen Empfehlungen zur Gestaltung der Anwendungsroutinen von Multimedia im spezifischen Kontext unseres Gesundheitswesens folgen zu lassen.

„Aufgrund dieser Verhältnisse sind besondere Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit notwendig, um die Gesundheit der benachteiligten Kinder zu verbessern,“ stellt die LGK fest.

Notwendige Schritte

Um die Gesundheit aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern, sprach sich die LGK dafür aus, die Gesundheitsberichterstattung gezielt auf diese auszudehnen und dabei auf „schicht- und geschlechtsspezifische Aspekte“ einzugehen. Ebenso sollten Studien zu dem Thema initiiert werden.

Neben den Kindern sollen nach dem Willen der LGK auch Eltern, Lehrerinnen und Lehrer mit in die Bemühungen einbezogen werden, besonders in bezug auf Prävention und Aufklärung: „Die LGK unterstützt in besonderer Weise analog des Konzepts zur ‘Gesundheitsförderung in der Schule’ alle zielgruppenorientierten Maßnahmen und Aktivitäten, die geeignet sind, die Handlungskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken und zugleich über eine Verbesserung der

Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen ihre Gesundheit nachhaltig zu fördern.“

Multimedia-Zentrum

Die Landesregierung NRW will noch in diesem Jahr ein „Zentrum für Telekommunikation und Multimedia-Anwendungen im Gesundheitswesen“ (ZTMG) gründen. Das ZTMG soll als „eigenständige Einrichtung auf hohem fachlichen und technischen Niveau“ Organisationen und Einrichtungen des Gesundheitswesens, der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Forschung einbeziehen.

Das ZTMG solle sich besonders auf Management- und Politikberatung sowie auf Leistungen bei Kommunikation, Forschung und Entwicklung, Fortbildung und Dienstleistung konzentrieren. Das Land wird das neu zu schaffende Zentrum drei Jahre lang mit jeweils zwei Millionen Mark Anschubfinanzierung unterstützen. Die LGK wird sich „aktiv in die Arbeit des ZTMG einbringen“, heißt es in der Entschließung.

Daneben plant die Landesregierung, in einem offenen Wettbewerb

zwei Musterregionen auszuwählen, um grundsätzliche Fragen zu Kosten-Nutzen-Potentialen, zur Finanzierung, zum Datenschutz und Haftungsrecht sowie zur Definition einheitlicher Standards klären zu können. Auch sollen dort Modelle innovativer Technologien und Vernetzungsstrukturen entwickelt werden, die später auf ganz NRW übertragen werden können.

„Die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz werden ihren Beitrag zur Weiterentwicklung und zum verantwortlichen Umgang mit den neuen Technologien leisten. Nur durch Kooperation aller Akteure im Gesundheitswesen kann das Ziel einer Qualitätsverbesserung bei gleichzeitiger optimaler Ressourcennutzung erreicht werden“, heißt es in der Entschließung.

Die LGK ist davon überzeugt, daß neue Kommunikationstechnologien die Qualität der Behandlung sichern bzw. steigern können, die medizinische Versorgung effektiver gestalten helfen und Versorgungs- und Verwaltungsabläufe verbessert werden können. Auch könnten moderne Technologien mehr Bürgernähe schaffen und damit die Kompetenz der Patientinnen und Patienten durch Information und Transparenz steigern.

Den positiven Erwartungen stellt die LGK allerdings auch Probleme gegenüber, die die Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen bremsen: An erster Stelle steht hier die Frage nach dem Umgang mit Patientendaten, deren Schutz vor unerlaubtem Zugriff sowie haftungsrechtliche Probleme. Darüber hinaus zählen zu den Schwierigkeiten die finanziellen Rahmenbedingungen, die die Investitionen in multimediale Projekte für die Beteiligten erschweren. Auch stehen Defizite in der vorhandenen technischen Infrastruktur sowie die Inkompatibilität bereits vorhandener Lösungen, die zumeist Inselcharakter haben, der Weiterentwicklung innovativer Technologien im Gesundheitswesen entgegen.